

zu erreichen mit:  
U 3 (Haltestelle Herrengasse)  
2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie  
Untere Donaustraße 11  
1020 Wien

SETZENTWURF  
132-GE/19  
Datum: 18. SEP. 1992  
Verteil: 23. Okt. 1992

## Beitragen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bearbeiter (0 22 2) 531 10  
Dr. Stöberl

Durchwahl  
2108

**Datum**

**15. Sep. 1992**

Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Zugang zu  
Informationen über die Umwelt

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Zugang zu Informationen über die Umwelt wie folgt Stellung zu nehmen:

Umweltdaten sind vielfach Informationen über punktuelle Sachverhalte. Sie reichen daher nicht unbedingt hin, um über die tatsächliche Umweltsituation Auskunft zu geben. Vor der Weitergabe solcher Daten muß also durch Sachverständige eine fachmännische Interpretation erfolgen.

Dies wiederum bedeutet einen nicht zu unterschätzenden zusätzlichen Arbeitsaufwand durch eine Realisierung der Vereinbarung. Sie würde vermehrten Personal-, aber auch vermehrten Sachaufwand mit sich bringen. Dennoch enthält der Vereinbarungsentwurf keine Bestimmung, wonach sich der Bund verpflichtet, die den Ländern aus der Vereinbarung entstehenden Kosten abzugelten. Auf diese, in der Verhandlung nach § 5 FAG am 5. Mai 1992 ausdrücklich vorgebrachte Länderforderung wird hingewiesen.

- 2 -

Im übrigen wird nach wie vor (vgl. die Stellungnahme der NÖ Landesregierung vom 28. April 1992, LAD-VD-5714/19) zum Entwurf eines Umweltinformationsgesetzes die grundsätzliche Auffassung vertreten, daß das mit dem Vereinbarungsentwurf verfolgte Regelungsziel positiv bewertet wird.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-5714/27

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
L u d w i g  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung



